

## Lokalnachrichten.

### Der Zählautomat im Telephonverkehr.

Die Budapester kön. ung. Telegraphen- und Telephon-direktion hatte die Vertreter der Presse heute zu einem Vortrag nach der Josefzentrale geladen, um im Wege der Tagesblätter das Publikum über das neue, mit 1. März in Kraft tretende System der gesprächsweisen Gebührenbemessung zu orientieren. Dem Wunsch der Telephondirektion können wir vorläufig auch nur in diesem Rahmen nachkommen. Ihren an diese Neueinführung geknüpften weiteren Erläuterungen, dazu bestimmt, das Telephonpublikum einestheils mit den Misereen des Verkehrs vertraut, andererseits mit jenen Momenten bekannt zu machen, in denen es selbst an die Misereen Schuld trägt, wollen wir demnächst mehr Raum und mehr Zeit gönnen.

Nach den erhaltenen Aufklärungen war die Einführung des Zählsystems, d. h. der Gebührenbemessung nach der Gesprächsanzahl, von allem Anbeginn der Telephoneinrichtung in Aussicht genommen. Unterblieb sie anfangs, weil sich das ganze Telephon in seinem großstädtischen Ausbau erst einzuführen hatte, so wurde die Umgestaltung des einmal eingearbeiteten Betriebes immer weiter hinausgeschoben. Dann kam der Weltkrieg, der jede Möglichkeit zu Investitionen abschchnitt. So erhält das Publikum heute das System als ein neues. Unmittelbare Veranlassung zur Einführung des Zählsystems gaben der Telephonverwaltung folgende Erwägungen:

Auf jede Telephonstation entfallen in Budapest täglich fünfzehn Gespräche. Zwei Drittel der Abonnenten erreichen diesen Durchschnitt nicht, und telephonieren so wenig, daß die Summe ihrer Gespräche bloß den vierten Teil aller Gespräche ausmacht, die geführt werden. Das dritte Drittel der Abonnenten telephonierte im Tag mehr als fünfzehnmal. Da es darunter auch solche Stationen gibt, von denen die Zentrale bis zu zweihundertmal im Tage angerufen wird, macht die Gesprächszahl dieses Drittels bis zu drei Viertel der Gesamtgesprächszahl aus. Es erscheint demgemäß gerecht, daß derjenige, der weniger telephonierte, nicht durch die gleiche Abonnementstare jene Kosten deckt, die die von früh bis abends telephonierenden Nummern verursachen. Andererseits ist der Durchschnitt von fünfzehn Gesprächen im Tage ein um hundert Prozent höherer, als jener in irgendeiner anderen Stadt der Welt. Die Einrichtungen der Telephonverwaltung reichen zur Abwicklung dieses Verkehrs nicht aus, und so war sie auch gezwungen, über die Reduktion dieser Durchschnittszahl nachzudenken. Der Zählautomat, der mit 1. März die von jedem Abonnenten nach seinem effektiven Sprechverkehr zu bezahlenden Gebühren bemessen wird, soll auch in diesem Punkte Wandel schaffen.

Der Zählautomat zählt prinzipiell nur hergestellte Anschlüsse. Das heißt, er rückt um eine Zahl nur vor, wenn der Anrufer von der Telephonzentrale an einen anderen Abonnenten angeschlossen wurde und dieser auch seinerseits den Hörer abhängt. Da nicht alle Anschlüsse richtig sein können und an den Fehlern auch — allerdings nicht ausschließlich — der mangelhafte Betrieb die Schuld trägt, werden von den gezählten Gesprächen zehn Prozent in Abzug gebracht, ein Prozentsatz, der das von der Telephonleitung zugegebene Maß an Irrtümern, an denen der Betrieb schuld ist, stark übersteigt. Denn an der Schlechtigkeit des Verkehrs ist zu nicht geringem Teile die Undiszipliniertheit des Publikums, das Verlangen von falschen Zahlen oder Namen, das undeutliche oder unsachliche, von den Betriebsvorschriften abweichende Angeben der Nummer usw. schuld. Zum großen Teil stammen die Fehler unmittelbar aus der Ueberlastung des Telephons, die mit dem Zählautomaten gemildert werden soll. Der Automat zählt nicht, wenn der Abonnent die Auskunftsteil, die Reklamations- und Fehleranmeldestelle, den Kontrollor und die Interurbanzentrale anruft. In dem zehnprozentigen Abzug sind indessen eingerechnet: die allfälligen Anrufe der Retter, der Feuerwehr, der Spitalsbettenevidenz und der Wasserwerkdirektion.

Zählautomaten sind auf der ganzen Welt nur in Budapest eingeführt. In anderen Metropolen wird das Zählen der Gespräche von Angestellten besorgt, von dieser Art der Kontrolle mußte hier wegen der mangelhaftesten Verlässlichkeit des Personals abgesehen werden.

Zur weiteren Verbesserung des Telephondienstes wurde die Zahl der Linien zur Auskunftsteil verdoppelt und der Betrieb bei dieser Amtsstelle dahin modifiziert, daß in Zukunft der Anrufer nach Angabe des Abonnenten, dessen Telephonnummer er sucht, den Hörer wieder ablegt und wartet, bis die Auskunftsteil bei ihm anklingelt und die inzwischen ermittelte Nummer mitteilt. Dann wurde ein neues Telephonbuch in Druck gelegt. Infolge der fortwährenden Umorganisation des Betriebes haben sich nämlich die Nummern zahlreicher Abonnenten geändert, das Publikum bemüht aber weiter alte Telephonbücher, ohne von Nachträgen Kenntnis zu nehmen. Das führt dazu, daß unglaublich viele Abonnenten unter falscher Nummer gesucht werden. Jedenfalls wird das Zählsystem auch in diesem Punkte sanierend wirken.

Die Zählautomaten befinden sich bereits in Betrieb. Vorläufig dienen sie bloß der Telephonverwaltung zu statistischen Feststellungen. Am 1. März wird der Stand der Automaten fixiert werden, indem je hundert Apparate, die die Nummer des Abonnenten und die ausgewiesene Gesprächszahl aufweisen, auf eine Platte photographiert werden, deren Kopie der Telephonverwaltung als Grunddokument der nach der Zählung erfolgenden Gebührenbemessung dienen wird. Dieses Photographieren wird monatlich wiederholt (analog der Ableseung an der Gasuhr, dem Elektrizitätsmesser und den Wasseruhren). Auf Grund der Vergleichung der neuen Photographie mit jener des Vormonats wird die Zahl der gezählten Gespräche und die danach entfallende Gebühr berechnet. Die Automaten sind so konstruiert, daß sie eher nicht zählen als ja. Sämtliche Störungen im ungemein komplizierten Apparatsystem der Zentrale schalten den Automaten aus, dagegen ist kein Fall denkbar, in dem er zählen würde, ohne daß zwei miteinander verbundene Abonnenten die Hörmischel abgehoben hätten. Der Zählautomat ist übrigens ein so komplizierter, daß er schon aus diesem Grunde eher versagen wird als funktionieren, was nur den Abonnenten zugute kommt.

Die Einführung des neuen Gebührenbemessungssystems würde ihren Zweck für die Telephonverwaltung nicht erfüllen, wenn sie nicht gleichzeitig eine bedeutende Erhöhung ihrer Einnahmen mit sich bringen würde. Da dieser Punkt das Abonnentenpublikum noch lebhafter berührt, als die Frage des glatten Betriebes, so wünscht die Telephonverwaltung den

Parteien zu denken zu geben, daß das Jahresabonnement im Frieden 300 Kronen pro Station betragen hat. Diese Summe genügte damals zur Aufrechterhaltung des Betriebes. Mit den Kosten der Amortisation aller Anschaffungen belastete die Telephonverwaltung indessen auch schon im Frieden den Staat. Die Telephongebühren sind bis nach dem Krieg nicht erhöht worden, obwohl inzwischen die Ausgaben der Verwaltung gewaltig anwuchsen. Wieder trug der Staat das vermehrte Defizit. Seither haben sich die Kosten für Instandhaltung und Neubeschaffungen auch verhältnismäßig erhöht, indem das zu Beginn neue Telephonnetz nun schon an der Grenze der Lebensdauer angelangt war, die von ihm vernünftigerweise erwartet werden konnte, und die Zunahme des Telephonverkehrs einen weiteren Ausbau nötig machte. Die Errichtung der Zentrale erfolgte dementsprechend ganz aus Staatsmitteln, die Abonnementgebühren deckten keinen Heller der dafür aufgewendeten Gelder und auch nicht die Amortisation dieser Auslagen. So schmerzlich das Publikum von allen folgenden Gebührenerhöhungen betroffen wurde, die Ausgaben der Telephonverwaltung blieben notwendig auch weiter bedeutend höher als ihre Einnahmen. Denn im verfloßenen Jahre betrug die Abonnementgebühr zum Beispiel 800.000 Kronen, während allein die Valorisierung der Friedensgebühr von 300 Kronen zu Jahreschluß bereits 2.400.000 Kronen erfordert hätte. Die Abonnementgebühren deckten im vergangenen Jahre also bloß ein Drittel der Betriebsauslagen, von den immer, auch verhältnismäßig steigenden Anschaffungs- und Investitionskosten nicht zu sprechen. Eine ganz radikale Erhöhung der Einnahmen muß daher auch mit Rücksicht auf die Lage des Staatshaushaltes eintreten, selbst wenn darüber ein Teil der Abonnenten verloren geht.

So weit die Telephonverwaltung. Eine kleine Berechnung ergibt, daß die Gebrauchsgebühr des Telephons nach dem neuen Tarif bei Einrechnung der Grundtaxe von 50.000 sich folgend stellt: Ein Privatmann, der täglich im Durchschnitt nur fünfmal telephonierte, wird gegen zwei Millionen für sein Telephon zahlen; ein Geschäftsmann mit 10 bis 20 Gesprächen im Tag 3.7 bis 7.5 Millionen; ein Bankgeschäft mit 50 Anrufen gegen 20 Millionen usw. bis zu jenem Wunderkind, das im Tag 200 Anschlüsse erreicht und 75 Millionen an Telephongebühren erlegen muß. Die Valorisierung der Friedensgebühr von 300 k tritt in dieser Skala ziemlich genau bei dem Tagesdurchschnitt von zehn Gesprächen ein, also nach den statistischen Berechnungen der Telephonverwaltung bei beiläufig der Hälfte der Abonnenten. Wer weniger telephonierte, kommt billiger dabei weg als im Frieden, wer öfter als zehnmal im Tag anruft, dagegen viel teurer. Nun hat die Telephonverwaltung aber bei dieser Schematisierung der Gebührenbemessung — und das gehört ganz eng zu der Einführung des Zählsystems — nicht berücksichtigt, daß das Telephon für jene, die weniger als zehnmal im Tage anrufen, — noch genauer ausgedrückt: das Privattelephon, heute, wo jede Station bei der Schwierigkeit der Erweiterung des Telephonnetzes ein volkswirtschaftliches Kapital bedeutet, ein Luxus ist. Dagegen ist das Telephon im Geschäftsleben ein allgemeiner Bedarfsgegenstand. Gewiß gibt es Unternehmungen, die in diese Kategorie, für die das Telephon das tägliche Brot bedeutet, nicht eingereiht werden können, und viel telephonieren. Aber sicherlich wäre eine gerechtere Gebührenbemessung möglich, bei der nicht, wie dies bei dem schematischen Zählsystem geschieht, der Luxus begünstigt, das allgemeine Bedürfnis dagegen geschädigt wird. So fordern wir jetzt schon die Revision dieses Systems um so mehr, als eine Zeitung das Telephon stark in Anspruch nimmt, ohne daß ihr vorgeworfen werden könnte, daß sie dies mit Aussicht auf größeren Gewinn oder aus Vergnügungssucht tun würde. Ein Vergnügen ist das Telephonieren heute gewiß nicht. Und ob darin mit der Einführung der Gebührenbemessung nach der Gesprächszahl sich etwas ändern wird, wollen wir erst sehen.

**Der Empfangsabend im Parlament.** Der Veranstalter des großen Empfangsabends zugunsten der Jungenkranken, Präsident der Nationalversammlung Béla v. Scitovský, erschien heute bei dem Reichsverweser in Audienz, um ihn zu der Soiree, die bekanntlich am 3. März um 9 Uhr im Parlamentspalais stattfindet, einzuladen. Der Reichsverweser nahm die Einladung an und sagte zu, mit seiner Gemahlin zu erscheinen. Herr v. Scitovský lud auch die in Budapest weilenden Mitglieder der erzhertzoglichen Familien ein, die die Einladung ebenfalls annahmen und bei dem Empfangsabend erscheinen werden. Auch heute sind zahlreiche Spenden für den wohlthätigen Zweck eingelaufen. Erzherzog Josef spendete 1.500.000 k. Es spendeten noch größere Summen die Folgenden: Siegmund Klinger und Dr. Albin Hirsch je 1.500.000, Professor Dr. Emil Gróß 500.000, Johann Kallós 400.000, Alexander Koródi und Dr. Daniel Pátkay je 300.000, Árpád Bójtós 250.000, Michael Ágoston, Michael Biró, Dr. Valentin Biró, Elemér Balogh, Richard Ghéren, Baron Alexander Korányi, Bund Ungarischer Landwirte je 200.000 k. Karten gelöst, beziehungsweise Spenden eingeschickt haben u. a. noch folgende: Robert Drbágh, Elisabeth Szabad, Dr. Rudolf Nielsen, Jacques Haim, Frau G. Ahrens, Dr. Erich Bolke, Graf Johann Welczel, Ernst Schreer, G. Ahrens, Ernst Létai, Roland Györi, Otto Kuncze, Dr. Johann Ott, Dr. Desider Bayer-Krucsay, Béla Tarnai, Robert Beck, János Lévai, Géza Kovács, Béla Bánhai, Dr. Ladislaus Dömötör, Dr. Johann Grimm, Paul Westó, Gustav Törj, Tibor Freudenfeld, Anton Eber, Andreas Löhne, Koloman Palmer, Baron Johann Bornemissa, Alexander Fleischl, Baron Karl Hatvány, Baron Franz Holvan, Koloman J. Kovács, Johann Eszharik, Dr. Franz Rózsa, Dr. Leopold Horváth, Graf Julius Károlyi, Emerich Strauß, Gustav Hoffmann, Árpád Matta, Ludwig Müschler, Dr. Béla Dobránsky, Julius Madarassy-Beck, Stefan Báthory, Elemér Székács, Julius Ambrózy, Ernst Láng, Ladislaus Egervári, Wilhelm Strasser, Dr. Stefan Kooz, Arthur Beer, Georg Horton, Alexander Panz, Franz Birter, Béla Beer, Anton Stramm, Eugen Joannovics, Alfred Brabecz, Fürstin Georg Astudo, François Gallos, Andor Wellisch, Alfred Wellisch, Oskar Laczay-Friß.

**Todesfälle.** Der Oberpostdirektor Ernst Bérczy ist heute im Alter von 70 Jahren nach dreitägiger Krankheit an Lungenentzündung gestorben. Das Leichenbegängnis findet Samstag, nachmittags 4 Uhr, von der Zeremonienhalle des Verepeter Friedhofes aus statt. Die Seelenmesse wird am 6. März, früh 8 Uhr, in der Pfarrkirche der Dominikaner gelesen. Das Hinscheiden des hervorragenden Postfachmannes wird, außer von den Fachkreisen, von einer weitverbreiteten Verwandtschaft, darunter die Familien Dobozy-Fámbor, Stand von Fichtenburg, Szilfay und Köhlig betrauert. — Der gewesene Beamte der Pester